

NIEDERSCHRIFT

über die **25.** Sitzung
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **17.09.2020**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:15 Uhr
Den Vorsitz führte: Barbara Brand

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Frau Dagmar Betz Vertretung für Herrn Gerhard Heyner
2. Frau Barbara Brand
3. Herr Heiner Cöllen
4. Herr Hans-Josef Engels
5. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
6. Herr Werner Moritz
7. Herr Franz-Josef Radmacher Vertretung für Frau Ursel Meis
8. Herr Bernd Ramakers
9. Frau Katharina Reinhold
10. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

11. Herr Udo Bartsch
12. Frau Frederike Küpper Vertretung für Frau Margot Mankowsky
13. Frau Cornelia Lampert-Voscht
14. Herr Rainer Schmitz Vertretung für Herrn Denis Arndt
15. Frau Gertrud Servos
16. Frau Ursula Wolf

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17. Herr Martin Kresse
18. Frau Marianne Michael-Fränzel
19. Frau Angela Stein-Ulrich

- **FDP-Fraktion**

- 20. Herr Jan Günther
- 21. Herr Dirk Rosellen

- **Die Linke**

- 22. Herr Steffen Gremmler Vertretung für Herrn Oliver Schulz

- **UWG**

- 23. Frau Dr. Martina Flick Vertretung für Herrn Carsten Thiel

- **Freier Demokratischer Bund RKN**

- 24. Frau Corinna Gerstmann bis 18:30 Uhr

- **beratende Mitglieder**

- 25. Herr Bernd Gellrich
- 26. Herr Harald Holler
- 27. Herr Marc Inderfurth
- 28. Herr Dr. Josef Merten
- 29. Frau Barbara Shahbaz

- **Gäste**

- 30. Herr Dirk Jünger

- **Verwaltung**

- 31. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 32. Herr Dr. Michael Dörr
- 33. Herr Adalbert Kuszynski
- 34. Frau Sabine Raecher
- 35. Frau Sophia Rothausen
- 36. Frau Ulrike Weyerstraß

- **Schriftführer**

- 37. Herr Carsten Paetau

INHALTSVERZEICHNIS

| Punkt | Inhalt | Seite |
|---------------------------------|---|----------|
| Öffentlicher Teil: | | 4 |
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit..... | 4 |
| 2. | Büro für Leichte Sprache - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 29. Juni 2020 (TOP 2 neu) Vorlage: 50/4128/XVI/2020 | 4 |
| 3. | Aktuelle Lage zur Corona-Pandemie Vorlage: 53/4110/XVI/2020 | 5 |
| 4. | Flüchtlinge..... | 7 |
| 4.1. | Flüchtlinge - Allgemeiner Sachstandsbericht Vorlage: 50/4100/XVI/2020 | 7 |
| 4.2. | Bericht über die Umsetzung der Landesinitiativen "Gemeinsam klappt´s" / "Durchstarten in Ausbildung" Vorlage: 50/4101/XVI/2020..... | 7 |
| 4.3. | Landesförderprogramm "Kommunales Integrationsmanagement" (KIM) Vorlage: 50/4105/XVI/2020 | 7 |
| 4.4. | Bericht über erfolgte und geplante Maßnahmen der Integration und Wertevermittlung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/4102/XVI/2020..... | 8 |
| 4.5. | Förderung der Wohlfahrtsverbände auf dem Gebiet der Integration von Migranten: Tätigkeitsberichte zur Arbeit unter Corona-Bedingungen im 1. Halbjahr 2020 Vorlage: 50/4103/XVI/2020 | 8 |
| 5. | Studie "Junge Pflege im Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 50/4115/XVI/2020..... | 9 |
| 6. | Bericht WTG-Behörde zu den Projekten in Kaarst und Langwaden / Pflegebedarfsplanung Vorlage: 50/4112/XVI/2020 | 9 |
| 7. | Einsatz WTG-Behörde während Corona / Nutzung "Hinweis- und Beschwerdeportal" Vorlage: 50/4113/XVI/2020 | 9 |
| 8. | Mitteilungen | 9 |
| 8.1. | Bildung und Teilhabe: Mittagsverpflegung während der Corona-Pandemie Vorlage: 50/4099/XVI/2020 | 9 |
| 8.2. | Leistungsübersicht LVR für den Rhein-Kreis Neuss 2019 Vorlage: 50/4096/XVI/2020 | 10 |
| 8.3. | Einsatz eines Vermittlungskordinators in den Maßnahmen des BFZ Schlicherum Vorlage: 50/4097/XVI/2020 | 10 |
| 8.4. | Finanzierung mobiler Endgeräte für den digitalen Schulunterricht Vorlage: 50/4107/XVI/2020 | 10 |
| 8.5. | Ehrenamtlicher Sprachhelferpool Vorlage: 50/4104/XVI/2020 | 11 |

| | | |
|-------|--|----|
| 8.6. | Sachstand App "Between the Lines" Vorlage: 50/4106/XVI/2020..... | 11 |
| 8.7. | Entwicklung Arbeitsmarkt Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/4111/XVI/2020..... | 11 |
| 8.8. | Nachpflegeangebot im St. Augustinus-Memory-Zentrum Vorlage: 50/4120/XVI/2020 | 11 |
| 8.9. | Neue Mietobergrenzen in besonderen Wohnformen ab 2021 Vorlage: 50/4123/XVI/2020 | 11 |
| 8.10. | Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz..... | 11 |
| 8.11. | Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit" | 12 |
| 8.12. | Weiterfinanzierung Schulsozialarbeit | 12 |
| 9. | Anträge..... | 12 |
| 10. | Anfragen | 12 |

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzende Brand eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn wies sie darauf hin, dass die Ausschussmitglieder Bartsch und Kresse mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden sind und dankte ihnen für ihr außerordentliches Engagement.

Anschließend regte sie an, die dass der TOP 10.1 „Vorstellung des Büros für leichte Sprache“ als TOP 2 behandelt werde. Der TOP 2 „Vorstellung von Frau Moll“ entfalle, da Frau Moll krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen konnte. Gegen die Änderung der Tagesordnung erhoben sich keine Einwände.

2. Büro für Leichte Sprache - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 29. Juni 2020 (TOP 2 neu) Vorlage: 50/4128/XVI/2020

Protokoll:

Hierzu lag den Ausschussmitgliedern die als **Anlage** beigefügte Tischvorlage vor.

Frau Michaela Holzberg und Herr Jannik Zintl stellten die Tätigkeit des Büros für leichte Sprache vor. Die Präsentation sowie ein Flyer sind dem Protokoll als **Anlagen** beigefügt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bartsch berichtete Frau Holzberg, dass zu den sehr unterschiedlichen Auftraggebern beispielsweise kommunale Behörden als auch Werkstätten für Behinderte oder Ärzte zählen. Hinweise zum Thema Corona habe das Büro sehr häufig in eine leichte Sprache überführt.

Ausschussmitglied Dr. Klose begrüßte die Bemühungen des Büros für leichte Sprache uneingeschränkt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Cöllen teilte Frau Holzberg mit, dass es derzeit keine Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Logopädie gebe, sie eine Vernetzung der beiden Bereiche jedoch für sinnvoll halte. Häufig seien die Praxen für Logopädie in privater Hand und nicht gut vernetzt. Hierdurch fehle es an den richtigen Ansprechpartnern für eine Umsetzung.

Ausschussmitglied Kresse erkundigte sich, ob das Aufgabenportfolio auch die Werbung bei Behörden und Institutionen umfasse und welche Kosten für eine Übersetzung anfallen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Kresse antwortete Frau Holzberg, dass das Büro zwar bei Interesse über seine Angebote informiere und Broschüren ausbebe, aber nicht aktiv werbe. Die Kosten lägen durchschnittlich zwischen 200 und 300 Euro, hingen jedoch stark vom Rechercheaufwand ab.

Ausschussmitglied Servos regte an, dass kreisweit häufig genutzte Formulare in leichter Sprache zu verfassen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Wienands, teilte Frau Holzberg mit, dass das Büro keinem Ministerium zugeordnet sei. Es gehöre einem privaten Netzwerk an, welches von Menschen mit Behinderung für Menschen mit Behinderung geschaffen worden sei. In NRW gebe es eine sehr aktive Regionalgruppe. Auf Bundesebene gebe es ein jährliches Treffen.

3. Aktuelle Lage zur Corona-Pandemie Vorlage: 53/4110/XVI/2020

Protokoll:

Ergänzend zur den Ausschussmitgliedern vorliegenden Tischvorlage berichtete der Leiter des Kreisgesundheitsamtes, Dr. Michael Dörr, anhand einer Präsentation über die aktuelle Lage im Rhein-Kreis Neuss. Die Präsentation und die Tischvorlage sind dem Protokoll als **Anlagen** beigefügt.

Ausschussmitglied Bartsch erkundigte sich nach der Situation bei der Personenbeförderung, dem Fahrdienst zu Werkstätten für behinderte Menschen und Förderschulen sowie den Vorkehrungen für die Grippe-Saison im Herbst/Winter.

Kreisdirektor Brügge sagte eine Beantwortung der Frage zum Fahrdienst mit dem Protokoll zu.

Auf Nachfrage beim Landschaftsverband Rheinland lehne sich die Beförderung zu Werkstätten für behinderte Menschen an die Vorgaben für den Öffentlichen Personennahverkehr an. Ohne Mundschutz muss der Mindestabstand von 1,5 Metern eingehalten werden.

Nach Auskunft des Kreisschulamtes gelte in den Schulbussen zu den Kreisförderschulen eine Maskenpflicht. Für Schülerinnen und Schüler, die keine Maske tragen können, werden Einzeltransporte durchgeführt. Der Transport erfolge weit überwiegend als Gruppenbeförderung.

Herr Dr. Dörr antwortete zur Beförderungssituation, dass er diese als unproblematisch einschätze. Es gebe mehr Impfstoffe für Influenza als im Vorjahr. Die Befürchtung einer Korrelation der Influenza mit dem Corona-Virus sei nicht von der Hand zu weisen. Grundsätzlich gebe es die Möglichkeit einer Mutation des Virus. Insbesondere Mitarbeitern im Gesundheitsbereich sowie Mitarbeitern mit Kundenkontakt werde eine Influenza-Impfung nahegelegt.

Ausschussmitglied Ramakers dankte der Kreisverwaltung im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich dafür, dass diese die Politik und Öffentlichkeit regelmäßig umfassend und aktuell zur Corona-Pandemie informiert habe.

Beratendes Mitglied Herr Dr. Merten erkundigte sich, welche Testverfahren angewendet, wie zuverlässig die Testergebnisse sind und in welchem Alter die am Virus Verstorbenen waren.

Herr Dr. Dörr führte aus, dass es sich bei den Verstorbenen durchweg um ältere Menschen zwischen 70 und 90 Jahren gehandelt habe. Die Testdurchführung für das Kreisgebiet erfolge in einem der bundesweit größten Testlabore. Jeder Proband erhalte in der Regel innerhalb von 12 Stunden, spätestens nach 48 Stunden, einen Code, über den er im Internet das Testergebnis abrufen kann. In äußerst wenigen Fällen komme es zu fehlerhaften Testergebnissen. Mögliche Ursachen können nicht ausreichendes oder vertauschtes Testmaterial sein.

Ausschussmitglied Kresse betonte die Wichtigkeit der Präventionsarbeit des Kreises in den vergangenen Jahren, wie beispielsweise die Schuleingangsuntersuchung und die Durchführung von Gripeschutzimpfungen. Die Kreisverwaltung müsse den Krisenmodus verlassen und wieder verstärkt die Präventionsarbeit aufnehmen.

Kreisdirektor Brügge sprach seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kreisverwaltung seinen ausdrücklichen Dank und seine Anerkennung aus. Diese hätten neben dem vorbildlichen Verhalten der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger maßgeblich dazu beigetragen, die Corona-Pandemie in den vergangenen Wochen und Monaten so erfolgreich zu bewältigen. Die Kreisverwaltung habe dem Sozial- und Gesundheitsausschuss bereits in der Sitzung am 13. Februar 2020 zum Corona-Virus berichtet. Damals habe es noch keinen Krisenstab, sondern eine Arbeitsgruppe gegeben. Der Kreis ist bereits sehr früh aktiv geworden. Insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit, die WTG-Behörde und das Gesundheitsamt hätten eine wichtige Rolle gespielt. Er selbst habe den Krisenstab bis zur Ruhendstellung am 20. Juli 2020 geleitet. Das Landesgesundheitsministerium habe das erfolgreiche Vorgehen des Kreises bestätigt. Die Kreisverwaltung sei in der Lage, den Krisenstab wieder in Kraft treten zu lassen, wenn die Lage es erfordert. Für einen neuen möglichen Ernstfall sehe er den Kreis sowohl strukturell als auch im Hinblick auf Reserven für Schutzkleidung gut aufgestellt.

4. Flüchtlinge

4.1. Flüchtlinge - Allgemeiner Sachstandsbericht

Vorlage: 50/4100/XVI/2020

Protokoll:

Ausschussmitglied Bartsch erkundigte sich nach der Anzahl an anerkannten Flüchtlingen, die in Flüchtlingsunterkünften untergebracht sind.

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass der Kreis über keine Zahlen verfüge, da die Zuständigkeit, wie auch für den Bereich Asylbewerberleistungen, bei den kreisangehörigen Kommunen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4.2. Bericht über die Umsetzung der Landesinitiativen "Gemeinsam klappt´s" / "Durchstarten in Ausbildung"

Vorlage: 50/4101/XVI/2020

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4.3. Landesförderprogramm "Kommunales Integrationsmanagement" (KIM)

Vorlage: 50/4105/XVI/2020

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Bartsch bat um Auskunft, ob die in Baustein 2 vorgesehenen sechs Stellen für das Case-Management befristet oder unbefristet seien. Kreisdirektor Brügge sagte eine Beantwortung mit dem Protokoll zu.

Antwort:

Der Förderbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 25.05.2020 zu Baustein 2 (Case-Management) weist für die dem Rhein-Kreis Neuss zustehenden sechs Stellen einen Durchführungszeitraum vom 01.07.2020 bis zum 31.12.2020 aus. Zurzeit fehlt eine verbindliche schriftliche Aussage des Landes zur Weiterfinanzierung des Bausteines 2 über den 31.12.2020 hinaus. Dies wurde auch bereits vom Landkreistag entsprechend bemängelt, da unter den aktuellen Bedingungen die Einstellung zusätzlichen Personals schwer bis nicht zu leisten ist. Bei der Förderung des Case-Managements über fachbezogene Pauschalen handelt es sich nach Auskunft des Landes um eine jeweils jährliche und damit also eine jeweils befristete Förderung, die im weiteren zeitlichen Verlauf stellenmäßig aufwachsend sein soll.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Kommunalen Integrationsmanagement (KIM) zustimmend zur Kenntnis.

**4.4. Bericht über erfolgte und geplante Maßnahmen der Integration und Wertevermittlung im Rhein-Kreis Neuss
Vorlage: 50/4102/XVI/2020****Protokoll:**

Ausschussmitglied Kresse regte an, in der Maßnahmenmatrix eine Spalte zu ergänzen, in der der Erfolg für die Maßnahmeneilnehmer dargestellt wird.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.5. Förderung der Wohlfahrtsverbände auf dem Gebiet der Integration von Migranten: Tätigkeitsberichte zur Arbeit unter Corona-Bedingungen im 1. Halbjahr 2020
Vorlage: 50/4103/XVI/2020****Protokoll:**

Ausschussmitglied Stein-Ulrich stellte fest, dass manche Beratungsstellen bis Ende April und manche bis Ende Juni geschlossen hätten. Diesen sehr unterschiedlichen Umgang der Verbände mit der Schließung von Beratungsstellen könne sie nicht nachvollziehen. Ferner erkundigte sie sich, wie im Falle einer zweiten Welle eine durchgängige Beratung sichergestellt werde.

Kreisdirektor Brügge stellte klar, dass die Verwaltung nicht steuernd in den Bereich eingegriffen habe. Aufgrund der in weiten Bereichen guten hygienetechnischen Ausstattung gehe die Verwaltung nicht von einem weiteren Lock down aus, so dass in der Regel persönliche Beratungen stattfinden können. Zur Aufrechterhaltung der Beratung würden jedoch auch andere Beratungswege geprüft und umgesetzt, wie z.B. telefonische Beratung oder Videokonferenzen. Diesbezüglich habe sich die Verwaltung bereits weit vor den Osterferien gemeinsam mit den Beratungsstellen ausgetauscht.

Abschließend teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass das Jobcenter Rhein-Kreis Neuss ab dem 15. Oktober 2020 wieder in vollem Umfang in die terminierte Vorortberatung einsteigen werde. Hierfür habe der Kreis sich in der Trägerversammlung am 7. September 2020 eingesetzt.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**5. Studie "Junge Pflege im Rhein-Kreis Neuss"
Vorlage: 50/4115/XVI/2020**

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

**6. Bericht WTG-Behörde zu den Projekten in Kaarst und Langwaden /
Pflegebedarfsplanung
Vorlage: 50/4112/XVI/2020**

Protokoll:

Ausschussmitglied Kresse merkte kritisch an, dass solche Themen üblicherweise in der Pflegekonferenz behandelt würden und regte für die Zukunft eine Rückkehr hierzu an.

Kreisdirektor Brügge erklärte, dass die Verwaltung zu dieser Thematik berichte, weil das Projekt in Kaarst im Sozial- und Gesundheitsausschuss laufend im Rahmen der Pflegebedarfsplanung thematisiert worden sei. Die Verwaltung habe die Aufgabe, den Ausschuss über den Fortgang zu informieren. Die Verwaltung habe die Vorlage um das Projekt in Langwaden ergänzt, da es sich hierbei um ein 20-Millionen-Projekt mit nicht unerheblichen Auswirkungen für das Kreisgebiet handle.

**7. Einsatz WTG-Behörde während Corona / Nutzung "Hinweis- und Beschwerdeportal"
Vorlage: 50/4113/XVI/2020**

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

8. Mitteilungen

**8.1. Bildung und Teilhabe: Mittagsverpflegung während der Corona-Pandemie
Vorlage: 50/4099/XVI/2020**

Protokoll:

Ausschussmitglied Stein-Ulrich kritisierte, dass nach ihrer Wahrnehmung das Jobcenter und die Sozialämter im Rhein-Kreis Neuss die Eltern von bedürftigen Kindern nicht ausreichend über die Möglichkeiten der dezentralen Mittagsverpflegung informiert hätten, obwohl der Kreis hierzu regelmäßig aktuelle Rundverfügungen erstellt habe. Trotz Schullöffnungen vor den Sommerferien habe es teilweise keinen Mensabetrieb gegeben. Nach den Sommerferien hätten die Schulen zwar wieder angefangen, aber es gebe nicht für alle Klassen ein Mittagsangebot.

Kreisdirektor Brügge führte aus, dass man sich die Zuständigkeiten genau anschauen müsse. Über das Bildungs- und Teilhabepaket werde kein Mittagessen unmittelbar zur Verfügung gestellt, sondern nur die Finanzierung geregelt. Die Kreisverwaltung habe die Leistungsbehörden unmittelbar über die gesetzlichen Regelungen informiert. Die Bereit-

stellung der Mittagessen erfolge durch die Schulträger oder die jeweiligen Leistungsanbieter. Die Kreisverwaltung könne in diese Hoheiten nicht eingreifen, habe aber alle Maßnahmen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches ausgeschöpft. Für Probleme in der Umsetzung appellierte er daran, die zuständigen Ansprechpartner direkt zu kontaktieren.

Ausschussmitglied Stein-Ulrich berichtete von Einzelfällen, in denen das Jobcenter Anträge mit der Begründung abgelehnt hätten, dass dieser von den Regelungen des MAGS NRW nicht abgedeckt seien und sich die Leistungsberechtigten bei weiteren Fragen an den Kreis wenden sollten. Ausschussmitglied Kresse regte die Einführung eines Wirkungsdialoges wie bei den Wohlfahrtsverbänden an, um die Umsetzung der Kreisvorgaben zu kontrollieren. Der Kreis könne eine Nichtumsetzung nicht zulassen.

Ausschussmitglied Cöllen stellte im Namen seiner Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag, da die Hinweise von Frau Stein-Ulrich bilateral und nicht in der Ausschusssitzung geklärt werden sollten. Ausschussmitglied Bartsch entgegnete, dass die SPD-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde, weil das Thema eine wesentliche Bedeutung im Kreis habe.

Nach Abstimmung wurde dem Antrag mehrheitlich zugestimmt (12 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, keine Enthaltungen).

Abschließend erläuterte Kreisdirektor Brügge Ausschussmitglied Stein-Ulrich, dass die Kreisverwaltung aktiv werde, sobald sie Kenntnis von der Nichtumsetzung von Kreisvorgaben durch die Leistungsbehörden erlange. Insofern wäre er dankbar, Hinweise zu Einzelfällen direkt an die Kreisverwaltung zu geben.

8.2. Leistungsübersicht LVR für den Rhein-Kreis Neuss 2019

Vorlage: 50/4096/XVI/2020

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

8.3. Einsatz eines Vermittlungskordinators in den Maßnahmen des BFZ Schlicherum

Vorlage: 50/4097/XVI/2020

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

8.4. Finanzierung mobiler Endgeräte für den digitalen Schulunterricht

Vorlage: 50/4107/XVI/2020

Protokoll:

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Bartsch teilte Kreisdirektor Brügge mit, dass auch an Förderschulen mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt würden. Zur Frage nach der praktischen Umsetzung des Kriteriums „Soziales Ungleichgewicht“ erklärte er, dass die Schülerinnen und Schüler ein Gerät erhalten, die weder im Besitz noch in der Lage der Finanzierung eines Gerätes sind. Letzteres werde in der Regel durch Vorlage eines Leistungsbescheides (z.B. nach dem SGB II oder SGB XII) geprüft.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Servos antwortete Kreisdirektor Brügge, dass das mobile Endgerät grundsätzlich bis zum Ende des Schuljahres behalten werden könne. Näheres ergebe sich aus dem Leihvertrag, der zwischen Eltern und Schule abgeschlossen werde.

8.5. Ehrenamtlicher Sprachhelferpool

Vorlage: 50/4104/XVI/2020

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

8.6. Sachstand App "Between the Lines"

Vorlage: 50/4106/XVI/2020

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

8.7. Entwicklung Arbeitsmarkt Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/4111/XVI/2020

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

8.8. Nachtpflegeangebot im St. Augustinus-Memory-Zentrum

Vorlage: 50/4120/XVI/2020

Protokoll:

Den Ausschussmitgliedern lag die als **Anlage** beigefügte Tischvorlage vor. Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

8.9. Neue Mietobergrenzen in besonderen Wohnformen ab 2021

Vorlage: 50/4123/XVI/2020

Protokoll:

Den Ausschussmitgliedern lag die als **Anlage** beigefügte Tischvorlage vor. Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

8.10. Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz

Protokoll:

Den Ausschussmitgliedern lag die als **Anlage** beigefügte Tischvorlage vor. Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

8.11. Härtefallfonds "Alle Kinder essen mit"

Protokoll:

Den Ausschussmitgliedern lag die als **Anlage** beigefügte Tischvorlage vor. Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

8.12. Weiterfinanzierung Schulsozialarbeit

Protokoll:

Kreisdirektor Brügge berichtete, dass das Land Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2021 erfreulicherweise eine dauerhafte Förderung der Schulsozialarbeit zugesagt habe. In den vergangenen Jahren habe es keine Kontinuität der Förderung gegeben. Für das Jahr 2020 belaufe sich die Finanzierung der Schulsozialarbeit im Rhein-Kreis Neuss auf insgesamt rund 1,42 Mio. Euro. Hieran beteiligen sich das Land NRW zu 60 Prozent und die Kommunen einschließlich des Kreises zu 40 Prozent.

Am 17. September 2020 habe sich die Verwaltung mit der Gemeinnützigen Beschäftigungsförderungsgesellschaft mbH (bfg) getroffen, um das weitere Vorgehen und die künftige Umsetzung im Rhein-Kreis Neuss abzustimmen. Dabei sei erfreulich festzustellen, dass die derzeitigen Verträge mit den Schulsozialarbeiter/-innen bereits zuvor bereits entfristet werden konnten und diese ihre Aufgaben weiterhin wahrnehmen können.

9. Anträge

10. Anfragen

Das Schlusswort der Sitzung hatten die Ausschussmitglieder Servos und Kresse. Sie nutzten diese Gelegenheit, um sich bei Herrn Dr. Klose für die jahrelange Arbeit als Ausschussvorsitzender zu bedanken, da dieser nun aus der Teilnahme am Sozial- und Gesundheitsausschuss ausscheidet. Sie bedankten sich darüber hinaus für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und seinen unermüdeten Einsatz im Bereich der sozialen Arbeit. Ausschussmitglied Kresse merkte zum Schluss noch an, dass Herr Dr. Klose sein politischer Mentor war, der den Rhein-Kreis Neuss mit seinem politischen Engagement über die Parteigrenzen hinweg bereichert hat.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Barbara Brand um 19:15 Uhr die Sitzung.

Barbara Brand
Vorsitzende

Carsten Paetau
Schriftführer